Öffentlichkeit bereits den Entwurf eines Amnestiegesetzes übergeben hat, während maßgebliche Politiker aus dem bürgerlichen Lager sich sogar direkt gegen die Durchführung dieses Prozesses selbst wandten¹⁾ 2).

Die Einleitung und Durchführung eines so offenkundig allen Entwicklungstendenzen der politischen Gesamtsituation widersprechenden Prozesses mußte notwendigerweise dazu führen, daß sich in ihm besonders deutlich offenbarte, wie völlig unvereinbar die in der Bundesrepublik praktizierte politische Justiz mit allen rechtsstaatlichen Prinzipien ist³⁾.

Die Bonner Regierung ist seit langem bemüht, ein Verbot der KPD zu erreichen und setzt insbesondere in letzter Zeit das Bundesverfassungsgericht auf verschiedenen Wegen unter Druck, um das von ihr gewünschte und benötigte Urteil zu erzwingen⁴⁾. Auch mit dem Prozeß gegen die Mitglieder der Programmkommission des Parteivorstandes der KPD sollte das Bundesverfassungsgericht auf die Notwendigkeit eines beschleunigten Urteilspruches gegen die KPD hingewiesen werden. Zugleich soll mit diesem Urteil gegen Rische, Ledwohn und Scheringer die Möglichkeit geschaffen werden, auch ohne Verbot der KPD Wirkungen zu erzielen, die einem Verbot gleichkämen. Das liegt nicht zuletzt darin begründet, daß die Adenauer-Gruppe den

6. Strafsenat, der seiner antikommunistischen politischen Konzeption in zahlreichen Verfahren offenen Ausdruck verlieh, als für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele geeigneter betrachtet⁵⁾.

Schon aus Anklage und Eröffnungsbeschluß ergab sich, daß der gegen die Angeklagten erhobene Vorwurf des Hochverrats allein aus der angeblich grundgesetzwidrigen Zielsetzung des Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands hergeleitet wurde, welches doch ein legales, verfassungsmäßiges Programm einer legalen, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Grundgesetzes existierenden und handelnden politischen Partei darstellt. So stand von vornherein fest, daß ein Urteil im Sinne der Anklage unvermeidlich eine richterliche Entscheidung über die angebliche Grundgesetzwidrigkeit dieses Programms der KPD und damit der Zielsetzung der KPD überhaupt beinhalten würde, daß der 6. Senat also in Form eines Strafurteils inhaltlich eine Entscheidung zu fällen haben würde, die durch die Bundesregierung bisher vergeblich vom Bundesverfassungsgericht verlangt wurde.

Ein derartiges Urteil, das faktisch, durch Richterspruch, eine Strafdrohung gegen alle Mitglieder und Anhänger der KPD aufstellt, die sich zur Zielsetzung des Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands bekennen, muß darauf hinauslaufen, der KPD weitgehend nur noch dem Namen nach die Stellung einer legalen Partei zu belassen — obwohl sie nicht verboten ist und nach Verfassung und Gesetz auch nicht verboten werden darf. Angesichts derartiger Konsequenzen⁶⁾ stellt sich dieser Prozeß als ein Gipfelpunkt in der Kette der Maßnahmen dar, mit denen die verfassungsmäßige Stellung der KPD seit längerer Zeit durch die Strafjustiz der Bundesrepublik beeinträchtigt wird.

1) vgl. dazu auch Noact, NJ 1956 S. 309.

2) Am 23. Juni 1956 suchte der Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Bücher, im Einvernehmen mit dem ehemaligen Bundesjustizminister Dr. Dehler, den jetzigen Bundesjustizminister auf und ersuchte ihn, darauf hinzuwirken, daß dieser Prozeß nicht stattfindet.

3) Da ein derartiges, justizfremden zwecken dienendes Verfahren allen rechtsstaatlichen Prinzipien für die Aufgaben der Strafjustiz widerspricht, beantragte die Verteidigung die Einstellung des Prozesses. Der Senat wies die sorgfältige Begründung der Verteidigung, ohne inhaltlich darauf einzugehen, als „unwahr“ zurück und lehnte den Antrag ab (vgl. 1. Verhandlungstag, Vormittagssitzung, S. 16).

4) vgl. hierzu Rösner auf Seite 506 dieses Heftes.

5) Der „Rheinische Merkur“ (Pflingsten 1956, S. 17) forderte die Übertragung der Zuständigkeit für das Verbot politischer Parteien vom Bundesverfassungsgericht an den Bundesgerichtshof.

6) Daß der Zweck derartiger „Musterprozesse“ von den unteren Organen der Bonner Justiz durchaus in diesem Sinne verstanden wird, zeigt die in einem Prozeß in Frankfurt/Main durch den Vertreter der Staatsanwaltschaft erfolgte Mitteilung, daß — zweifellos in Auswirkung dea gegen Gampfer und andere Funktionäre der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft vor dem 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofes durchgeführten Verfahrens — allein in Hessen mehr als 1000 Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder dieser Gesellschaft eingeleitet wurden.

Wenn in dieser Weise Bürger der Bundesrepublik wegen ihrer parteioffiziellen Tätigkeit verurteilt werden und damit ihr Tätigwerden für die Zielsetzung der betreffenden Partei faktisch für strafbar erklärt wird, wird die Existenz dieser Partei nach Art. 21 GG zu einer reinen Fiktion gemacht, besteht doch der Sinn dieser verfassungsrechtlichen Garantie gerade darin, nicht nur irgendeine abstrakte Existenz der Partei, sondern ihre Tätigkeit zur Erfüllung ihrer politischen Aufgaben gegen jegliche Eingriffe zu schützen. Zu dieser Tätigkeit einer politischen Partei gehört naturgemäß in erster Linie auch das Handeln ihrer Organe bei Erfüllung der ihnen durch das Statut der betreffenden Partei übertragenen Aufgaben, wobei dieses Handeln der Organe immer nur durch Handlungen natürlicher Personen, lebendiger, für die Ziele der Partei kämpfender Menschen, vor sich gehen kann. Was bleibt noch von der in diesem Artikel des Grundgesetzes verfassungsrechtlich gewährleisteten Unantastbarkeit der Stellung demokratischer politischer Parteien, welchen Sinn hat es noch, daß in ihm die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts verwiesen wird, wenn die Praxis der Strafjustiz eine für das Wirken der gesamten Partei grundlegende Tätigkeit — Ausarbeitung und Propagierung des Parteiprogramms — für strafbar erklären und damit über die Zielsetzung der Partei ein Urteil sprechen kann?

Mit diesem vom Oberbundesanwalt und vom 6. Strafsenat praktizierten Vorgehen gegen eine legale Partei entwickeln sich Gefahren für alle anderen politischen Parteien, die als aktive Gegner der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung in Erscheinung treten⁷⁾. Darum handelten Angeklagte und Verteidigung mit einem auf Art. 21 GG gestützten Aussetzungsantrag nicht nur in Verteidigung der verfassungsrechtlich garantierten Position der KPD, sondern in Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie schlechthin^{8 7 8 9 10)}.

Wenn es schließlich noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß es hier um zentrale Probleme der Rechtsstaatlichkeit ging, dann wurde er durch die Stellungnahme des Oberbundesanwalts erbracht, der an Stelle von Argumenten, die sich auf Verfassungs- oder Gesetzesbestimmungen stützen, letztlich Theorien propagierte, die noch nie etwas anderes bezweckt haben, als die Ablösung der Gesetzlichkeit durch ein Regime der Willkür zu unterstützen. Das gesamte politische Strafrecht — so behauptete der Oberbundesanwalt — stehe unter dem Oberbegriff der politischen Notwehr, die gewissermaßen das grundlegende Rechtsinstitut für die Tätigkeit der politischen Justiz sei⁸⁾.

Gerade die deutsche Geschichte beweist, daß die Berufung auf politische Notwehr des Staates, auf Staatsnotwehr, immer dann erfolgte, wenn die herrschenden Kreise die Abrechnung mit ihrem politischen Gegner mit außergesetzlichen Mitteln durchführen wollten.

In diesem Verfahren mußte der Oberbundesanwalt selbst eingestehen, daß die grundgesetzlichen Bestimmungen zu Fesseln seiner Anklagepolitik geworden sind. Er erklärte, die Verteidigung wolle mit diesen exakten verfassungsrechtlichen Argumenten, die im übrigen auch durchaus in Übereinstimmung mit den Auffassungen zahlreicher westdeutscher Staatsrechtslehrer stehen, den Justizorganen der Bundesrepublik „ein Bild des Rechtsstaates oktroyieren“, damit sie sich „in rechtsstaatlichen und justizstaatlichen Vorstellungen verstricken“. Das aber sei „das Wunschbild des Staatsfeindes“, der sage: „So müßt ihr sein“⁹⁾. Diese offene

7) Auf diese Gefahren wies Rechtsanwalt Dr. Posser unter ausdrücklicher Berufung auf seine Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei nachdrücklich hin (1. Verhandlungstag, Vormittagssitzung, S. 45).

8) Obwohl alle Gerichte der Bundesrepublik kraft ausdrücklicher Bestimmungen des Grundgesetzes an dessen Normen als oberste Rechtsquelle gebunden sind und obwohl eine Reihe von Oberlandesgerichten (z. B. Hamm, Düsseldorf, Köln) in Verfahren gegen Angeklagte, die der Verbreitung des Programms der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands beschuldigt wurden, derartigen Aussetzungsanträgen stattgegeben haben, lehnte der 6. Senat auch diesen Antrag ab.

9) 1. Verhandlungstag, Vormittagssitzung, S. 57.

10) 1. Verhandlungstag, Vormittagssitzung, S. 36.